

Zeitschrift: Berner Geographische Mitteilungen : Mitteilungen der Geographischen Gesellschaft Bern und Jahresbericht des Geographischen Institutes der Universität Bern

Herausgeber: Geographische Gesellschaft Bern

Band: - (2007)

Artikel: "Wie kann man nur Rumäne sein!" : Multikulturalismus und Interkulturalität in Südosteuropa

Autor: Rüegg, François / Bäschlin, Elisabeth

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-322770>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 14.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

„Wie kann man nur Rumäne sein!“ Multikulturalismus und Interkulturalität in Südosteuropa

Prof. François Rüegg, Seminar für Sozialanthropologie, Universität Fribourg
11. Dezember 2007

Das Thema des Vortrags ist die Komplexität, aber auch der Reichtum, der unterschiedlichen - zugeschriebenen oder geforderten - Identitäten sozialer Gruppen in Südosteuropa vor dem Hintergrund der wechselvollen Geschichte der Region, der Verschiebung der Grenzen und der Migration.

Einleitung

Ziel des Vortags war es, die Komplexität von Identität, Multikulturalismus und Interkulturalität zur Sprache bringen, anhand der Identitäten der verschiedenen Völker, die in diesem Raum leben.

Oft wird davon ausgegangen, dass man sich eine Identität selbst zuschreibt. Identität ist aber nicht nur ein Eigenprodukt, sondern wird uns in starkem Mass auch von aussen zugeschrieben, wird von sozialen Vorstellungen geprägt, die andere von uns haben. So oder so: Identitäten sind Konstrukte.



Abb. 1: Stereotypen: es gibt eine klare Hierarchie der Völker in Europa

Seit dem 18. Jahrhundert hat Südosteuropa im Westen ein schlechtes Bild: Der Balkan wird als Pulverfass gesehen und in Rumänien sind die Leute Banditen, hassen einander und warten nur auf eine Möglichkeit, Krieg zu führen! In unseren Köpfen gibt es eine Trennlinie zwischen dem „zivilisierten“ Europa und einem Land wie Rumänien, wo Waisenkinder vernachlässigt werden, wo Korruption, sowie Handel mit Drogen und Humanorganen herrschen, die Gewässer extrem verschmutzt sind und wo all diese Romas herkommen, die unsere europäischen Städte als BettlerInnen und Taschendiebe überschwemmen. Man fährt zwar zunehmend an den Plattensee oder ans Schwarze Meer in die Ferien, weil

es da so schön billig ist. Aber an Sehenswertes gebe es da sowieso nichts, denn der Sozialismus habe doch die letzten Reste von Zivilisation - sprich: westliche Kultur! – vernichtet.

Heute, nahezu zwanzig Jahre nach dem Zusammenbruchs des Kommunismus und trotz EU-Beitritt sieht sich Rumänien noch immer mit seiner negativ beladenen Ostidentität und einer Ethnisierung konfrontiert. Für Europa von Bedeutung ist es höchstens als EU-Aussengrenze, bestenfalls wird es als Übergang zwischen Ost und West betrachtet.

Multikulturalität und Interkulturalität

Seit Jahrhunderten geht eine Trennlinie durch die Gebiete Südosteuropas und des Balkans, die Grenze zwischen dem osmanischen Reich und dem österreichischen Kaisertum, die sich als Klischee in unseren Köpfen festgesetzt hat als Trennung zwischen Ost und West, zwischen Christentum und Islam. Auf beiden Seiten dieser Grenze aber wohnten dieselben „einheimischen“ Völker: UngarInnen, WallachInnen (d.h. Rumänen), SerbInnen, KroatInnen, BulgarInnen, AlbanerInnen und andere mehr.

In beiden Kaisertümern gab es zwar eine Hierarchie zwischen den verschiedenen Volksgruppen. Diese gründete aber, zumindest bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts, nicht auf ethnischen, sondern vielmehr auf rechtlichen Kriterien. Es war ihr rechtlicher Status, nicht ihre Ethnizität, die Unterschiede schufen.

Im Osmanischen Reich gab es zwei rechtliche Kategorien, die beide auf der Religionszugehörigkeit basierten, gleichzeitig aber auch veränderbar waren. Einerseits gab es die Bürger, die Muslime, und andererseits die Untertanen, zu denen die Personen anderer Glaubensbekenntnisse, wie Juden, Christen und andere, gezählt wurden. Der Sultan war der Vater der Gläubigen; damit zählte der Glaube der Untertanen und nicht die ethnische Herkunft. Neu-Muslime - also Bekehrte und als solche nicht ethnische Türken - stiegen zu Bürgern auf und konnten in der Folge wichtige Posten im Staat bekleiden. Aus diesem Grund bekehrten sich insbesondere Angehörige der bosniakischen Oberschicht zum Islam und wurden so als Südslawen zu Muslimen. Die christlichen Bevölkerungsgruppen hatten im Osmanischen Reich besondere Steuern zu bezahlen, wurden aber ansonsten mehr oder weniger unbehelligt gelassen. Man könnte die osmanische Politik als „laissez-faire“ bezeichnen.

Im Österreichischen Reich wurde in den Ostprovinzen unter Maria Theresia und insbesondere unter Joseph II. eine Politik der „Aufklärung durch Entwicklung“ angewandt. In Ungarn, Siebenbürgen, Slawonien, den Banat, der Krayna und Kroatien sollte die Bodennutzung verbessert und die Leute entwickelt werden durch die

Einführung von Kolonisten aus Österreich und Deutschland, die Einführung von Schulen, Hygiene usw. Im österreichischen (ungarischen) Reich, und damit auch in Siebenbürgen, wurde nur den so genannten historischen Nationen ein Bürgerrecht und somit politische Rechte zugestanden, den Magyaren, Szeklern und Deutschen. Dagegen hatten Wallachen (Rumänen), Juden, Zigeuner und andere Volksgruppen in Siebenbürgen einen niedrigen Status, wurden gleichsam „toleriert“, hatten aber nichts zu sagen, obschon sie die Mehrheit der Bevölkerung ausmachten. Trotz der klaren Ungleichheit zwischen den Völkern, konnte aber nicht eigentlich von einer ethnischen Diskriminierung gesprochen werden. Die Gesellschaft wurde nicht nur nach ethnischen, sondern nach rechtlichen Kriterien in Adel und Bauern aufgeteilt. So waren zwar Zigeuner und ein Grossteil der Wallachen Bauern, oft Leibeigene, der Adel hingegen umfasste nicht nur „Deutsche“ (im weiteren Sinn), sondern auch Ungaren, Tschechen, Polen usw. In Siebenbürgen war ein Adeliger meist ein Ungar, konnte aber auch ein Rumäne sein, ein „Grieche“ (=Orthodoxer) konnte auch ein Rumäne, ein Serbe oder ein Bulgar ein. Man könnte also von verschwommenen Identitäten sprechen.

Die Ethnisierung, und damit das Problem der Ethnizität, begann erst mit dem 19. Jahrhundert mit dem Aufkommen von Nationen. Nationen, die sich befreien wollen, beanspruchen ein homogenes Territorium und sind intolerant gegenüber ehemaligen „Mitbürgern anderer Ethnien“. In Südosteuropa führte die Gründung von Staatsnationen nach westlichem Modell bald zu innerethnischen Problemen. In Siebenbürgen führte dies nach dem Ersten Weltkrieg, als Rumänien zum ersten Mal ein grosser Staat war, zu Intoleranz gegenüber den Magyaren, der vormals bevorzugten Volksgruppe. Deutsche und Magyaren hingegen hatten Mühe damit, sich nun als „rumänische Bürger“ verstehen zu müssen.

Heute suchen die Rumänen neue interkulturelle Modelle, speziell um eine Integration der Roma zu verwirklichen. Die Roma, ursprünglich ein Nomadenvolk mit umstrittener Herkunft, haben nie ein eigenes Territorium besessen, sind aber seit Jahrhunderten u.a. in Rumänien anwesend: Die grosse Mehrheit der Roma ist heute sesshaft. Nach Ansicht des Referenten stellt sich das aktuelle Problem der Roma in Rumänien zuerst einmal als soziales, nicht als ethnisches Problem: viele Romas sind arm und müssen als solche eingebunden werden.

Elisabeth Bäschlin

„Migrationspartnerschaften“ Ein neues Konzept der internationalen Migrationspolitik und seine Umsetzung am Beispiel des Kosovo

**Dr. Alfred Fritschi, Programmbeauftragter Kosovo,
DEZA, Bern
15. Januar 2008**

Migration in ihren vielschichtigen Facetten ist heute eine der zentralen globalen Herausforderungen. Die Schweiz hat sich international für die Erarbeitung des neuen Konzeptes von Migrationspartnerschaften engagiert und den Begriff auch in das neue Ausländergesetz aufgenommen. Die konkrete Ausgestaltung von bilateralen Migrationspartnerschaften als Instrument zur zwischenstaatlichen Steuerung von Migration steht jedoch erst in den Anfängen. Im Kern geht es darum, dass über Dialog und Verhandlungen positive Seiten der Migration gefördert und negative Seiten eingedämmt werden sollen. In der Bundesverwaltung laufen derzeit interdepartementale Vorbereitungen für Piloterfahrungen mit dem neuen Konzept.

Der Referent situiert einleitend die Schweizer Migrationspolitik im Spannungsfeld zwischen Sicherheit, Solidarität und wirtschaftlichen Interessen. Früher ist die Migrationspolitik vor allem von einer innenpolitischen Sicht geprägt gewesen, aber heute stösst eine „nationale Migrationspolitik“ angesichts der vielfältigen globalen Migrationsbewegungen an ihre Grenzen. Als Beispiel führte Alfred Fritschi die Schwierigkeiten an, welche sich bei der Rückübernahme mit Staaten ergäben, die selber eigentlich an Emigration interessiert sind. Das am 24.9.06 gutgeheißene neue Schweizer Ausländergesetz AUG gibt nun dem Bundesrat die Möglichkeit, bilaterale und multilaterale Vereinbarungen abzuschliessen, um die Zusammenarbeit mit anderen Staaten im Migrationsbereich zu intensivieren und die illegale Migration und deren negative Folgen zu mindern. Die Ursachen von Migration liegt einmal in der ungleichen globalen Entwicklung, welche bei vielen Menschen eine Suche nach Wohlstand auslöst, dann in den demographischen Dynamiken (89% Bevölkerungszuwachs durch Zuwanderung in Europa 1990-2000), und schlussendlich in der unbefriedigenden Gouvernanz in vielen Ländern, wodurch Menschenrechte nicht respektiert und individuelle Freiheiten eingeschränkt werden. Der Referent beschreibt, wie die UNO, die Weltbank und die EU auf die Trends des 21. Jahrhunderts reagieren: Die Verdoppelung der internationalen Migration in den letzten 25 Jahren (auf 200 Millionen 2005), das Anwachsen der Anzahl Herkunfts-, Transit- und Zielländer, sowie die zunehmende Differenzierung von Migrationsmustern. Die EU-Migrationspolitik z.B. bekennt sich expli-